

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern** **Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 4. Juni 2014

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion**58 2013.1457 Motion 295-2013 glp/CVP (Grimm, Burgdorf)
Liegenschaftsmanagement für den Kanton**

Vorstoss-Nr.: 295-2013
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2013.1457

Eingereicht am: 13.11.2013

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: glp/CVP

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 606/2014 vom 02. Juni 2014
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Annahme**

Liegenschaftsmanagement für den Kanton

1. Der Kanton führt für seine Liegenschaften eine detaillierte Liegenschaftsrechnung ein.
2. Betriebsmittel, wie Energie, Reinigungsmittel usw., werden zentral und koordiniert eingekauft und Serviceverträge zentral abgeschlossen.

Begründung:

Immer wieder wird betont, dass die Zusammenlegung bzw. die Zentralisierung und Renovation von Bereichen des Kantons zu Spareffekten führen würden; so z. B. bei der Renovation des Gymnasiums Strandboden in Biel¹. Dabei wurden Zahlen von jährlichen Energiekosteneinsparungen von sagenhaften 800 000 Franken genannt.

Aufgrund welcher Tatsache kann diese Feststellung gemacht werden, wenn der Kanton selber über seine Liegenschaften keine Betriebskostenrechnung macht? Es ist dringend notwendig, dass eine solche Rechnung so rasch als möglich eingeführt wird. Erst mit einer detaillierten Liegenschaftsrechnung ist es dem Kanton überhaupt möglich, eine optimale Planung, Nutzung und Weiterentwicklung des Liegenschaftsportfolios zu verfolgen. Der Kanton verfügt über ca. 2500 Liegenschaf-

¹ Referat Barbara Egger-Jenzer anlässlich der Grundsteinlegung vom 15.10.2013:

Da ist zum Beispiel der Energieverschleiss: Die Energiekosten dieser Gebäude liegen heute etwa bei einer Million Franken pro Jahr. 1 Million! Das liegt ganz besonders an der schlecht isolierten Gebäudehülle. Wir müssen im Sommer ständig kühlen und im Winter über alle Massen heizen. Nach der Sanierung, meine Damen und Herren, werden die Energiekosten rund 80 Prozent tiefer sein. Und gleichzeitig wird niemand mehr frieren.

ten mit einem Neuwert von mehr als 5 Mrd. Franken. Eine Liegenschaftsrechnung, die sowohl die o. e. Kosten als auch die jeweiligen Miet- und Nebenerträge beinhaltet, ist ein echtes Planungs- und Steuerinstrument. Heute hat jede Direktion oder Institution die Möglichkeit, die Betriebsmittel, wie Energie, Reinigungsmittel usw., bei z. T. komplett unterschiedlichen Anbietern einzukaufen. Durch diese Tatsache ist anzunehmen, dass dabei jeweils nicht die günstigsten Preise erzielt werden.

Der Kanton soll den Einkauf aller Betriebsmittel koordiniert besorgen. Ebenfalls müssen Serviceverträge und dergleichen zentral abgeschlossen werden.

Eine optimale Koordination zwischen den einzelnen Direktionen (diejenigen, die die einzelnen Gebäude nutzen) und dem AGG ist deshalb unverzüglich zu prüfen, und eine detaillierte Liegenschaftsrechnung ist so rasch als möglich einzuführen.

Antwort des Regierungsrats

Im Rahmen der Haushaltsdebatte hat der Grosse Rat am 27. November 2013 eine Planungserklärung verabschiedet, die verlangt, es sei sicherzustellen, dass ab 2017 für jedes Gebäude eine Liegenschaftsrechnung erstellt werden kann. Der Regierungsrat hat die Planungserklärung befürwortet und er unterstützt auch den vorliegenden Vorstoss.

Zu den einzelnen Ziffern kann Folgendes festgehalten werden:

1. Die Arbeiten für die Einführung der Liegenschaftsrechnung wurden zügig Ende 2013 gestartet. Das laufende Projekt sieht in einem ersten Schritt die Erarbeitung eines Voranalyseberichts bis Ende 2014 vor. Dieser wird eine Übersicht über die verfügbaren Systeme und Informationen enthalten und grundsätzliche Lösungsvarianten aufzeigen. Danach wird 2015 das Detailkonzept erarbeitet werden. Voraussetzung für die Einführung einer Liegenschaftsrechnung ist insbesondere eine Teilautonomie der involvierten Verwaltungsstellen für den Bereich Debitoren. Alle damit zusammenhängenden Aspekte sind mit der Finanzdirektion zu regeln. Dazu gehört auch die Abstimmung mit dem führenden Finanzinformationssystem (FIS) des Kantons und mit den festzulegenden Massnahmen aus dem Projekt «Unabhängige Überprüfung der Informatik im Kanton Bern (UPI)». Erst wenn diese Voraussetzungen geschaffen sind, wird mit der Umsetzung und dem Aufbereiten der Daten begonnen werden können. Ziel ist die Einführung der Liegenschaftsrechnung per 1. Januar 2016.
2. Im November 2013 hat der Regierungsrat die Umsetzung des Projekts OB BE (Optimierung des öffentlichen Beschaffungswesens) genehmigt. Das Projekt sieht vor, dass dafür geeignete Güter und Dienstleistungen künftig koordiniert beschafft werden, namentlich auch über Rahmenverträge. Zentral vom AGG beschafft werden neu Gebäudeinfrastrukturleistungen wie Facility Services (FS) und Betriebsmittel. Die Umsetzung erfolgt ab Herbst 2014.

Der Regierungsrat beantragt:

Annahme

Präsidentin. Nous passons à l'affaire n° 58 du parti Vert Libéral «Gestion immobilière du canton». Cette motion est acceptée par le Conseil-exécutif. Est-ce que cette motion est contestée? – Oui, elle est contestée. M. Grimm, vous avez donc la parole.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Ich bin erstaunt, dass hierzu überhaupt das Wort verlangt wird. Wenn man 2500 Liegenschaften ohne Liegenschaftsrechnung führt, ist es meines Erachtens klar, dass man irgendeinmal das System ändern muss. Die Regierung will das machen. Das ist voll auf Kurs und es gibt eigentlich weder ein Zurück noch Wenn und Aber. Von verschiedenen Seiten (FI-KO, OAK) wurde es verlangt. Ich möchte eigentlich gar nicht mehr weiter diskutieren und gebe das Wort gleich weiter, wahrscheinlich an Peter Studer. Vielen Dank, wenn sie den Vorstoss überweisen, weil seine Forderungen schon im Gang sind.

Ulrich Stähli, Gasel (BDP). Die Motion von Herrn Grimm stösst weit offene Türen auf. Der Grosse Rat hat bereits mit einer Planungserklärung etwas sehr Ähnliches verabschiedet. Die BDP-Fraktion empfiehlt daher grossmehrheitlich die Annahme dieser Motion. Erlauben Sie mir aber einige persönliche Anmerkungen. Aus der Sicht eines unter Spardruck stehenden Kantons ist es sicher richtig, dass man möglichst zentral und zusammengefasst im grossen Stil kostengünstig einkauft. Für mich als Bauer und KMU-Mitglied hat das Ganze aber auch einen Wermutstropfen und einen negativen Aspekt. Die zentralen und koordinierten Grosseinkäufe können kleine Anbieter in dezentralen Ge-

bieten meistens nicht berücksichtigen. Negative Beispiele solcher Über-Rationalisierungen gibt es in andern Bereichen. Ich denke da an Grosskunden wie Spitäler. Ein Beispiel ist das Inselspital, welches das Brot nicht mehr von Bäckern aus der Region kauft, sondern von einem Grosslieferanten, am liebsten aus Zürich. Das beanstanden wir Berner Grossräte bekanntlich ebenfalls.

Oder betrachten Sie, wie die Armee bei ihren WK auf dem Land heute in der Bredouille ist. Um zu sparen, kauft sie die Verpflegung zentral bei einem Grossisten ein, während die Gewerbler in den Dörfern leer ausgehen. Das ist heute leider so! Ich kann davon ein Lied singen, denn ich habe vier dienstpflichtige Söhne, die mir solches lebhaft erzählen. So weit zu den negativen Aspekten.

Die Annahme der Motion zielt für die BDP also mehr in Richtung Renovation respektive Energieeinsparung, und dafür braucht es eine detaillierte Liegenschaftsrechnung.

Präsidentin. M. Knutti, pour l'UDC, a la parole. S'il y a d'autres porte-parole de groupes qui aimeraient s'exprimer, je vous prie de vous inscrire.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Die vorliegende Motion des Kollegen Grimm wird von der SVP nicht etwa bestritten, weil wir die detaillierte Liegenschaftsrechnung nicht wollen. Wir haben unterschiedliche Auffassung bei Punkt 2 dieser Motion. Die Einführung einer detaillierten Liegenschaftsrechnung, welche die jeweiligen Miet- und Nebenerträge beinhaltet, ist auch für uns ein wichtiges Steuerungselement. Der Grosse Rat hat bekanntlich bereits während der Haushaltdebatte am 27. November eine Planungserklärung verabschiedet, die verlangt, dass ab 2017 eine Liegenschaftsrechnung erstellt wird. Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Punkt einstimmig.

Bei Punkt 2 ist unsere Fraktion gespalten; wir haben uns die Frage gestellt, ob es wirklich zielführend ist, wenn unsere 2500 Liegenschaften einen vorgeschriebenen Anbieter für Betriebsmittel akzeptieren müssen. Der Einkauf unter Berücksichtigung von regionalen Verkaufsstellen, vor allem im ländlichen Raum, ist uns natürlich auch sehr wichtig. Aber auch bei Serviceverträgen ist es für eine Region sehr bedeutsam, dass das Kleingewerbe mitberücksichtigt wird und nicht nur eine zentrale Stelle.

Eine Minderheit unserer Fraktion ist aber auch der Meinung, dass ein koordinierter Einkauf im ganzen Kanton zu Kosteneinsparungen führen wird. Sollte diese Forderung aber angenommen werden, bitten wir den Regierungsrat, eine ausgewogene Anzahl von Anbietern aus dem ganzen Kanton in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Eine Mehrheit unserer Fraktion wird daher diesen Punkt ablehnen, und ich bitte beim vorliegenden Vorstoss um eine punktweise Abstimmung.

Präsidentin. Vous l'avez entendu, le vote est demandé point par point. Mme Haudenschild, pour Les Verts, vous avez la parole.

Rita Haudenschild, Spiegel (Grüne). Die grüne Fraktion unterstützt das Anliegen des Motionärs vollumfänglich. Was für die meisten privaten Liegenschaftsbesitzer selbstverständlich ist, nämlich zu wissen, wie hoch die Betriebs- und auch die Nebenkosten sind, sollte für einen solch grossen Liegenschaftsbesitzer wie den Kanton Bern auch eine Selbstverständlichkeit sein. Darum ist ein entsprechendes Vorhaben bereits in der Pipeline. Nur mit einer umfassenden Betriebs- und Energiebuchhaltung kann eine zielführende Werterhaltungsplanung des Liegenschaftsportefeuilles gemacht werden. Nur so kann der Mitteleinsatz über die Jahre hinweg optimal geplant werden. Im Fall des Kantons Bern heisst dies, dass eben auch die Steuergelder gut eingesetzt werden. Gerade die Ziele, die wir in der Energiepolitik haben, können wir nur erreichen, wenn wir wissen, wie viel die Liegenschaften an Energie verschleudern und wann eine Sanierung dringend empfehlenswert und notwendig ist. Die Grünen unterstützen beide Punkte der Motion, selbstverständlich auch den zweiten, bei dem es um die Beschaffung geht.

Ursula Marti, Bern (SP). Auch die SP-JUSO-PSA-Fraktion befürwortet selbstverständlich die detaillierte Liegenschaftsrechnung. Wir erwarten auch, dass diese ohne Verzug eingeführt wird und dass insbesondere auch das Finanzinformationssystem und die bestehenden Computerprobleme im zentralen System des Kantons möglichst schnell geregelt und auf einen neuen Stand gebracht werden.

Zu Punkt 2: Wir befürworten ganz klar auch die gemeinsamen Beschaffungen, wie sie vorgeschlagen werden. Wir finden es zudem bemerkenswert, dass dies angesichts des Spardrucks bestritten wird und dass dies auch aus den Reihen kommt, die in unserem Parlament einen grossen Spardruck verursacht haben. Denn hier liegt einmal eine Sparmassnahme vor, die doch sinnvoll er-

scheint. Nun wird sie bestritten, wenn auch offenbar von einer Minderheit. Wir befürworten diese Sparmassnahme und sind zuversichtlich, dass sie von der Verwaltung sinnvoll, regionengerecht und fair umgesetzt wird.

Hans Baumberger, Langenthal (FDP). Auch die FDP-Fraktion unterstützt diese Motion. Vieles ist im Fluss, und es drängt sich hier sicher auch nicht auf, diese Sache bereits abzuschreiben. Ich gehe einmal davon aus, dass die Regierung die Umsetzung eines koordinierten Einkaufs vernünftig machen wird. Das heisst ja nicht, dass bei einem bestimmten Betriebsmittel nur noch einen Lieferanten berücksichtigt werden darf. Wenn man es ein bisschen schlau angeht, kann man einmal ein gewisses Preisniveau mit verschiedenen Unternehmen aushandeln und dann den Leuten regional eine Chance geben, zum Zug zu kommen. Ich rechne fest damit, dass die Regierung dies vernünftig angehen wird. Wir sollten ihr dabei keine Hindernisse in den Weg legen.

Präsidentin. Y a-t-il encore des porte-parole de groupes? – Ce n'est pas le cas. M. Rösti, vous avez la parole en tant qu'intervenant individuel.

Hans Rösti, Kandersteg (SVP). Wir haben von der Bundesverfassung her den Auftrag, die dezentrale Besiedlung zu gewährleisten. Dies können wir nur, wenn wir auch das Gewerbe in den dezentralen Regionen unterstützen. Ich bin klar der Meinung, dass Punkt 1 angenommen werden muss, und aber auch, dass wir Punkt 2 ablehnen müssen. Es kann nicht sein, dass wir einen riesigen Aufwand für Gebrauchsmittel betreiben, seien dies Bleistifte in der Schule, Putzmittel im Gemeindehaus oder für das Regierungsstatthalteramt. Wenn eine Frau dort ein Mittelchen braucht, das ihr ausgegangen ist, dann muss sie es irgendwohin holen gehen. Das kann nicht sein! Wenn es einmal in der grossen Zentrale nichts gibt, muss man eben doch in den örtlichen Laden gehen für eine 5-Liter-Kanne, und dann soll sie der Gewerbler vor Ort an Lager haben. Daher bitte ich Sie, Punkt 2 nicht zuzustimmen. Es kann nicht sein, dass wir einfach unser Gewerbe in den ländlichen Regionen ausbluten. Wenn wir dies irgendwie anders machen könnten, ginge es ja noch. Aber so, wie dieser Punkt formuliert ist, stelle ich mir vor, dass man alle Gebrauchsmittel einfach zentral bestellt. Bei Heizöl beispielsweise geht es um grosse Beträge und wenn man es nicht aus der Region nimmt, fehlt dort der Ertrag. Heizöl ist bezüglich Umweltfreundlichkeit immer genau gleich, egal woher man es bezieht.

Es wird immer gesagt, wir würden den Kanton «zu Tode sparen». Hiermit sparen wir die ländlichen Regionen zu Tode. Lehnen Sie daher bitte diesen Punkt ab! Meine Auffassung ist, dass man zentral bestellt und dann einen Verteilapparat aufbaut, der vermutlich insgesamt mehr kostet, als wir durch das Bestellen grosser Mengen einsparen. Davor habe ich Angst, und ich bitte Sie daher, Punkt 2 abzulehnen.

Peter Studer, Utzenstorf (BDP). Punkt 1 ist absolut klar: Das ist eine gute Sache. Punkt 2 ist an sich nicht in Frage gestellt, doch wie mein Vorredner habe auch ich gewisse Bedenken dabei. Ich bin in einem Job tätig, in dem auf Bundesebene über 10 000 Verträge bewirtschaftet werden, und wir sind mit der gleichen Problematik konfrontiert. Genau Punkt 2, der jetzt überwiesen werden soll, bereitet uns zunehmend Probleme. Aus den Gründen, die Rösti Hans vorhin aufgezeichnet hat, ist es plötzlich so, dass mit einem Auto irgendwo in der Schweiz herumgefahren wird, um ein bisschen Putzmittel zu verteilen. Das kann es doch einfach nicht sein! Gerade aus ökologischer Sicht, auf die sich die Regierung auch eingeschworen hat, ist es unsinnig, dass 2500 Liegenschaften im Bereich ihrer Betriebsmittel plötzlich zentralisiert werden. Daher bitte auch ich Sie, Punkt 2 abzulehnen, weil es überhaupt keinen Sinn macht, wenn man später in den Randregionen plötzlich nicht einmal mehr kleinere Dinge einkaufen kann.

Fritz Ruchti, Seewil (SVP). Ich möchte meine beiden Vorredner unterstützen. Sparen und Geld ist eine Sache, aber darauf zu achten, wen es wie trifft, ist eine andere Sache. Werte Anwesende, vor Kurzem haben wir hier unser Gelübde abgelegt, dass wir für den ganzen Kanton das Beste machen wollen. Dazu gehört einerseits das Sparen, aber andererseits auch, Verantwortung für Menschen zu übernehmen, die im Kanton wohnen und die hier vielleicht nicht unter den besten Bedingungen handeln können.

Ich möchte ein Beispiel aufzeigen: Das Schulmaterial wird bekanntlich oft zentral eingekauft. Es ist in den meisten Schulhäusern vorhanden, vom Kindergarten bis in die Sekundarschule oder 9. Klasse. Aber es gibt auch kleine Gemeinden mit kleinen Schulhäusern, wo das Schulmaterial nicht bis

ins Letzte verfügbar ist. Dort kommt eine Lehrerin oder eine Kindergärtnerin plötzlich in die Situation, dass sie einen Bleistift oder ein Blöckli benötigt. In dem Fall ist sie froh, wenn in der Nähe noch eine Papeterie existiert. Eine solche ist dann vielleicht auch ein kleiner Arbeitsplatz im ländlichen Raum.

Lieber Christoph Grimm, Punkt 1 ist kein Problem, aber Punkt 2, werte Anwesende, sollte man wirklich differenzieren und man sollte ihn wirklich ablehnen. Wie Hans Rösti darlegte, sollen im ländlichen Raum auch kleine Gewerbe ihre Aufgabe noch erfüllen und in öffentlichen Gebäuden Dienstleistungen erbringen können. Ich beantrage Annahme von Punkt 1 und Ablehnung von Punkt 2 in der vorliegenden Form.

Adrian Wüthrich, Huttwil (SP). Die letzten Vorredner haben mich nun doch noch nach vorn gerufen. Ich bin Betriebswirtschafter und höre – auch in meiner Tätigkeit als Gemeinderat – immer wieder, die Gemeinden und generell die öffentliche Hand müsse man einfach führen wie ein Unternehmen. Man müsse wirtschaftliche Lösungen suchen und man brauche nicht immer Sonderlösungen. Ich bin aber auch Vertreter einer ländlichen Region und ich habe wirklich «beide Herzen in meiner Brust». Aber wenn ich beachte, was wir in der letzten Budgetdebatte alles diskutiert haben, Kolleginnen und Kollegen, und was nun die letzten Vorredner sagten, dann tut es mir einfach leid. Dann habe ich nämlich Mühe, auch wenn ich Punkt 2 noch so gerne ablehnen würde. Letzten November wurde hier im Grossen Rat mehrmals gesagt, dass wir den Kanton Bern als Unternehmung führen müssen: wirtschaftlich und effizient. Da müsse man drücken! In dieser Verwaltung habe es gewiss noch Luft drin. Und nun höre ich solches hier vorn! Dann verstehe ich nichts mehr. Ich würde noch so gerne Punkt 2 nicht annehmen. Ich bin auch der Meinung, dass es so kommen wird, wie Sie sagen. Aber wenn wir hier im Grossen Rat den Staat solcherart drücken und auf Effizienz trimmen wollen, dann müssen wir diesen Punkt 2 unterstützen. In diesem Zielkonflikt befinden wir uns nun.

Ich bin auch der Meinung, dass der Staat für alle Regionen sorgen soll. Aber wenn wir unseren Finanzhaushalt effizient führen wollen, wie ein Unternehmen es auch machen muss, dann muss der Staat eben besser werden und weniger Ausgaben haben. Dann müssen wir diesen Punkt 2, liebe Kolleginnen und Kollegen, eben unterstützen.

Präsidentin. Je n'ai plus d'intervenant. M. Grimm, voulez-vous la parole maintenant? Veuillez inscrire M. Grimm. C'est à vous.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Ich verstehe natürlich diese Ängste. Auch ich will nicht zentralisieren. Darum geht es eigentlich gar nicht! Ich habe mich jetzt hier viel unterhalten und zum Beispiel können wir hier mit einem Einkaufspooling arbeiten. Das heisst, man kauft an einer zentralen Stelle ein und danach wird es über die Regionen verteilt. Die Preise richten sich nach dem Umsatz und so profitiert auch der Kanton.

Zum zweiten Punkt: Wenn ich mit meinem GA in Kandersteg mit dem «Bähnli» hinauffahre, dann erhält auch die Bergbahn Kandersteg einen kleinen Teil davon. Deswegen müssen wir also nicht alles abhängen und das GA plötzlich ungültig machen. Ich denke, das ist sehr spitzfindig. Den Meister Proper, den ich dann noch brauche, um am Wochenende irgendein Lavabo zu putzen, kaufe ich sicher im «Vis-à-vis-Lädeli» um die Ecke ein. Darum geht es nicht.

Beim zweiten Punkt ist dies gar nicht wesentlich. Das Wesentliche sind die Serviceverträge. Dort können wir gewaltig sparen, wenn wir das zentral machen. Dort kann sogar ein örtlicher Gewerbler den Service machen, auch wenn wir die Verträge zentral abschliessen. Bei der Energie ist völlig klar, dass man sie zentral einkaufen sollte. Ich bitte Sie also, springen Sie über Ihren Schatten, denn kein einziges «Lädeli» in Ihrer Region wird hier irgendeinen Franken weniger Umsatz haben. Aber der Kanton wird etwas sparen, und das ist wesentlich. Also nehmen Sie bitte auch den zweiten Punkt der Motion an.

Barbara Egger-Jenzer, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Ich spreche bei diesem Vorstoss nur noch zu Ziffer 2. Hier geht es ja um viel mehr als nur um den Einkauf von Meister Proper oder Ajax glasklar. Es geht um ein grosses Beschaffungsprojekt OB BE, wie Sie der Antwort zu Ziffer 2 entnehmen können. Es handelt sich um eine Optimierung des öffentlichen Beschaffungswesens. Dieses Projekt läuft unter der Federführung der Finanzdirektion und wurde vom Regierungsrat im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) als Sparmassnahme vorgeschlagen. Es wird insbesondere auch von der Finanzkommission unterstützt.

Bei uns in der Direktion ist nur ein ganz kleiner Teil dieses OB BE angesiedelt, nämlich im Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG), das zentral die Gebäudeinfrastrukturleistungen beschaffen muss. Hier geht es um Rahmenverträge, welche das AGG abschliesst, statt dass jede Direktion, jede Schule, Gewerbeschule und jeder Polizeiposten dies für sich macht. Dabei geht es um grosse Beträge, liebe Grossrätinnen und Grossräte. Wenn Sie als Grossist einkaufen können, dann ist ja klar, dass Sie weniger bezahlen müssen. Aber die lokalen Unternehmen kommen selbstverständlich auch zum Zug. Beim Heizöl beispielsweise, wird mit einem Unternehmen ein Rahmenvertrag abgeschlossen und die einzelnen Nutzer können dann lokal das Heizöl bestellen, sofern es einen lokalen Vertreter gibt. Oder ein ganz gutes Beispiel ist die Fahrzeugbeschaffung, die nicht bei mir ist, sondern bei der POM. Wenn Sie einfach von jeder Marke irgendein Auto kaufen, dann bezahlen Sie einfach viel mehr, als wenn Sie mit zwei oder drei Marken einen Rahmenvertrag haben und dort zentral die Autos beschaffen können. Was wiederum bei mir ist, sind beispielsweise die Büromöbel. Dort machen wir Rahmenverträge und dort achten wir auch darauf, dass es bernische Unternehmen sind und nicht irgendwelche Unternehmen aus dem Ausland oder aus andern Kantonen.

Wenn nun diese Ziffer 2 abgelehnt würde, dann weiss ich nicht genau, was passieren wird. Denn das ganze OB BE ist ja in Umsetzung: Bei uns ist es bereits eingeführt, ebenso bei der POM. In der Finanzdirektion braucht es meines Wissens noch etwas Zeit, aber sonst läuft es. Wir haben auch Mitarbeiter von uns in die Finanzdirektion verschoben, weil eben nun gewisse Dinge dort zentral beschafft werden. Das ist alles am Laufen und es würde einer Vollbremsung ähneln, wenn wir das Projekt stoppen müssten. Ganz abgesehen davon, dass dadurch sehr viel Geld verloren ginge. Ich bitte Sie daher, die Ziffer 2 anzunehmen.

Präsidentin. Nous passons au vote de cette motion. Nous votons point par point. Ceux qui acceptent le point 1 de cette motion votent oui, ceux qui refusent votent non.

Abstimmung (Punkt 1)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 149

Nein 0

Enthalten 0

Präsidentin. Vous avez accepté ce point 1 à l'unanimité. Nous passons au point 2. Ceux qui acceptent le point 2 votent oui, ceux qui le refusent votent non.

Abstimmung (Punkt 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 101

Nein 41

Enthalten 6

Präsidentin. Vous avez accepté ce point 2.